



Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2021



2021

Der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis wird an Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck verliehen

Am Sonntag, den 4. Juli 2021, wurde Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck in der Frankfurter Paulskirche mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN ausgezeichnet. Die Entscheidung über den Preisträger erfolgte bereits im Jahre 2020. Die Verleihung konnte wegen der Pandemienotlage nicht im Jahr 2020 stattfinden.

Die Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises würdigte mit der Preisverleihung das umfangreiche und vielfältige Wirken des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck, der in unterschiedlichen Funktionen, zuletzt als höchster Repräsentant unseres Staates, die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und Genozid angeprangert hat.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ im Jahr 2006 im Berliner Kronprinzenpalais sagte Joachim Gauck in einem Grußwort: „Weil im kollektiven Gedächtnis die wirkliche Wirklichkeit aufgehoben sein sollte, wird man also keinen Bogen machen dürfen um die Deutschen, die mit dem Leid der Vertreibung in so besonderer Weise belastet wurden. ... Der Blick auf die vielen Vertreibungsnotstände zeigt uns, dass es letztlich bei dem Thema nicht um deutsche Heimattümelei geht, sondern um eins, das Individuen als Opfer von Mächten, meist Diktatoren und Despoten sieht, dass es um geraubte Menschenrechte geht und um den Verlust dessen, was unsere Verfassung in Artikel 1 in den Mittelpunkt stellt: die Würde des Menschen.“ Neben dem Begriff der Freiheit, der untrennbar damit verbunden ist, hat Joachim Gauck damit sein zweites großes Lebensthema angespro-

chen, die Würde des Menschen. Bereits im Jahr 2003 gehörte der Bürgerrechtler und Theologe zu den Unterstützern eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN und wandte sich mit anderen engagiert dagegen, dass „ein Vorhaben, das Sensibilität und Umsicht verlangt, zum Gegenstand rivalisierender Initiativen würde“.

Engagiert hat er sich immer wieder und in allen seinen Ämtern dafür ausgesprochen, dass die dauerhafte Erinnerung an die Vertreibung ein elementarer Teil deutscher Geschichte ist. „Das Erinnern, das Gedenken, das Bewahren der Traditionen, darf nicht allein in den Verbänden aufgehoben sein. Geschichte und Kultur der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete gehören in das kollektive Gedächtnis der ganzen Nation“, waren seine Worte im Jahr 2016, als er als Bundespräsident zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen sprach. Einfühlsam sprach er vom „Erinnerungsschatten“, aus dem das Gedenken erst langsam heraustrete.

Zur Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises 2021 gehörten: Peter Beuth, Dr. Bernd Fabritius MdB, Prof. Dr. Klaus Hänsch, Milan Horáček, Hartmut Koschyk, Gudrun Osterburg, Prof. Dr. Andreas Rödder, Erika Steinbach, Klaus Schuck, Reinfried Vogler und Dr. Christean Wagner.



Grußwort der Stadt Frankfurt am Main

Ich begrüße sehr herzlich zur Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises 2021 der STIFTUNG ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN den Vorsitzenden der Stiftung Herrn Dr. Christean Wagner. Mein besonderer Gruß gilt dem diesjährigen Preisträger Herrn Bundespräsidenten Dr. h.c. Joachim Gauck. Insbesondere begrüße ich den Laudator Dr. Bernd Fabritius MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Ebenso heiße ich den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier herzlich willkommen und Innenminister Peter Beuth.

Ich begrüße die Mitglieder des Hessischen Consularischen Corps, für das Europaparlament Vizepräsidentin Nicola Beer sowie alle anwesenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Abgeordneten des Hessischen Landtages. Für den Magistrat der Stadt Frankfurt begrüße ich Herr Stadtrat Jan Schneider, Frau Stadträtin Dr. Renate Sterzel. Für alle anwesenden Stadtverordneten Frau Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner-Gölbasi.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Schaffung eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN hat zu Diskussionen geführt. Sie, sehr geehrter Herr Gauck haben dazu in Ihrer Rede unter dem Titel „Welche Erinnerungen braucht Europa“ Gedanken geäußert, die ich zitieren will: „Inzwischen aber haben die Vertriebenen, hat die Nation eine menschliche und kulturelle Leistung erbracht, hat den Verzicht erlernt. Sicher war das mühsam, aber denken wir an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, damals war es den Deutschen anscheinend nicht möglich, zu lernen.“ Und weiter: „Klage bedeutet ja nicht Anklage, Trauer intendiert nicht Revanche. Wer seiner Trauer Raum gibt,



Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main.

vermag eher die Trauer und die Verluste anderer anzunehmen.“

Sie waren der Bundespräsident der Herzen. Der Wunschpräsident vieler Menschen in unserem Land. Heute sind Sie ein würdiger Preisträger!

Mit der Stiftung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises setzt das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN einen Auftrag seiner Satzung um.

Mit dem Franz-Werfel-Preis wird auf die Vertreibung vieler Bevölkerungsgruppen aufmerksam gemacht.

So schafft er Raum, um das Schicksal Vertriebener zu betrauern. Um zu zeigen, dass Flucht und Vertreibung auch heute noch das Leben von Millionen Menschen traumatisiert, sie hei-

matlos macht. Auch Deutsche, die nicht dem Vernichtungswahn der Nazis zum Opfer fielen, waren von harten Schicksalen betroffen. Dies auszusprechen, dem individuellen Leid Raum zu geben, relativiert nichts an der Monstrosität der deutschen Verbrechen an Juden, Sinti, Roma, Kommunisten, Homosexuellen und vielen anderen Betroffenen der Nazi-Barbarei. Darf und soll es auch nicht!

Ohne Erinnerung – an die Ursachen des Leids wie an das individuelle Schicksal der Betroffenen – können wir nicht frei sein.

So gedenken wir auch der 27 Millionen Menschen, die auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion dem deutschen Angriffskrieg zum Opfer fielen. Eine rational nicht zu erfassende Zahl.

Wir erinnern uns, um uns bewusst zu machen, dass derzeit 82 Millionen Menschen – das ist ungefähr die Einwohnerzahl unserer Bundesrepublik – weltweit auf der Flucht sind.

Wir erinnern uns, damit nie wieder in Europa Menschen durch Krieg, Völkermord, durch Diktaturen zur Flucht gezwungen werden, Menschen Regimen ausgesetzt werden, die Ideologien über den Wert des einzelnen Menschen stellen. Wir haben unsere Lehre aus unserer Geschichte in einem einfachen Satz an den Beginn unserer Verfassung gestellt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Nehmen wir diese Lehre ernst. Leben wir sie.
Herzlichen Dank!



Ansprache

„Der Sehnsucht der Menschen nach Heimat, nach Geborgenheit und Überschaubarkeit Raum zu geben, ist eine Grundaufgabe jeder Politik.“ Dieses Zitat aus dem Munde von Papst Franziskus umfasst prägnant in einem Satz die selbst gewählte Verpflichtung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN. Dieses Papst-Zitat kann zugleich als Leitwort über unserer heutigen Begegnung stehen, in der feierlich der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis verliehen wird. Mit seiner Heimat verliert der Mensch mehr als einen Fleck umgrenzter Erde. Er verliert nicht nur sein Eigentum und seine Wohnung. Zurück bleiben in der verlorenen Heimat auch eine ganze Kultur, die Art des Miteinanderlebens, die von alters her überlieferten Bräuche und Gewohnheiten, die gewachsene örtliche Gemeinschaft und die Gräber der Angehörigen. Deshalb ist das Recht auf Heimat eines der wichtigsten Menschenrechte. Für Hannah Arendt, die in meiner Geburtsstadt Königsberg aufgewachsen ist, die zu den Vertriebenen der Hitlerdiktatur gehörte und dem Genozid entrinnen konnte, ist das Heimatrecht das erste Menschenrecht. Diese Feststellungen geben uns Anlass, an eine der größten Vertreibungen in der Weltgeschichte zu erinnern, nämlich daran, dass infolge des Zweiten Weltkrieges 15 Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen mussten und über 2 Millionen die Flucht nicht überlebten. Das heutige kollektive Gedächtnis nimmt diese historischen Fakten aus der jüngeren Vergangenheit kaum noch wahr. Und in der ehemaligen DDR war es geradezu verboten, über die Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten zu sprechen.

Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Gegen-



Dr. Christean Wagner, Vorsitzender der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.

wart des Jahres 2021 ist, dass weltweit über 80 Millionen Menschen sich auf der Flucht befinden. Die Erinnerung an die von einem Teil unseres Volkes erlittene Vertreibung gibt uns die Berechtigung, aber auch die moralische Verpflichtung, zu den aktuellen Vertreibungen nicht zu schweigen. Nicht zuletzt deshalb heißt der Name unserer Stiftung „ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN“ – im Plural. Wir wollen uns nicht nur beschäftigen mit der Vertreibung deutscher Landsleute, sondern auch mit den in unserer heutigen Zeit noch immer andauernden Vertreibungen. Hierbei leisten wir Bewußtseinsarbeit u.a. durch Zeitzeugenberichte, Wanderausstellungen, Dokumentationen oder durch die öffentlich stattfindende Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises, mit dem wir Persönlichkeiten aus-

zeichnen, die durch ihr Handeln das Verantwortungsbewusstsein für Menschenrechte schärfen und die sich vernehmbar gegen Völkermord, Vertreibung und die Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen wenden. Die Ursachen für Flucht und Vertreibungen liegen in Kriegen und menschenverachtenden Diktaturen. Dies sind dauerhafte riesige Herausforderungen für menschenrechtsgeleitete Regierungen und internationale Organisationen. Wir geben uns im Übrigen nicht der Illusion hin, dass ein Land allein alle Flüchtlinge dieser Erde aufzunehmen imstande ist. Wir wissen, dass eine Überforderung der aufnehmenden Bevölkerung die Gefahr in sich birgt, den guten Willen zu beschädigen. „Unser Herz ist weit, und unsere Möglichkeiten sind endlich“, hat ein früherer Bundespräsident zutreffend gesagt. Der Verlust der Heimat löst Schmerz, Schock und nicht selten Traumata aus. Umso mehr ist es tief beeindruckend, wie die deutschen Heimatvertriebenen mit ihrem Schicksal umgegangen sind und wie sie es aufgearbeitet haben. Ich meine die Charta der Heimatvertriebenen, an deren Verabschiedung vor 70 Jahren im Jahr 2020 erinnert wurde. Als 1950 die Charta verfasst wurde, lag die Vertreibung erst wenige Jahre zurück, Wunden und Schmerz waren noch frisch. Man wusste nicht, wie es weiter geht – mit Deutschland und den Vertreibungsgebieten. Ein großer Teil der Vertriebenen war davon überzeugt, in die Heimat zurückkehren zu können. In dieser Situation überraschten die Vertriebenen die deutsche und die Welt-Öffentlichkeit mit ihrem Manifest, mit ihrer Charta in Stuttgart am 5. August. Nicht nur unter Bezug auf die damaligen Zeitumstände, sondern auch über 70 Jahre danach kommt man nicht umhin, die Charta als eine von großer Reife geprägte Erklärung zu bezeichnen. Sie ist getragen von christlicher Humanität, historischer Weitsicht und von einer damals den politischen Horizont sprengenden Vision eines freien,

geinteten und friedlichen Europas. Zurecht wird von ihr gesagt, dass sie zu den Gründungsdokumenten der Bundesrepublik Deutschland gehört. Die Charta ist auch deshalb von historischer Bedeutung, weil sie innenpolitisch radikalen Versuchen den Boden entzog und außenpolitisch einen Kurs der europäischen Einigung und Versöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn vorbereitete. „Sie ist ein bleibendes Vermächtnis für die Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa“, so Norbert Lammert, früherer Bundestagspräsident. Die FAZ schrieb vor zwei Wochen: „Die Leistung der Vertriebenen beim Wiederaufbau, aber auch in unzähligen Fällen bei der Versöhnung mit den östlichen Nachbarn ist ohne Beispiel, ein bleibendes Vorbild und ein herausragender Beitrag zur europäischen Geschichte. Da sie oft genug nur mit Sonntagsgesprächen abgespeist wurden, wäre es gut, wenn sich alle Bürger und Parteien dieses Erbes und diesen Auftrag zu eigen machten.“

Im Jahre 2020 haben wir ein weiteres bedeutendes Jubiläum gefeiert, nämlich 30 Jahre Wiedervereinigung. Ich selbst habe immer auf die Wiedervereinigung gehofft, für sie gebetet, aber nicht gewusst, ob ich sie noch erleben würde. Als sie dann kam, war es für mich ein großes Wunder. (Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.) Und ohne Helmut Kohl, Bush sen. und Gorbatschow hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben. Den Einsatz von Helmut Kohl kann man gar nicht hoch genug bewerten, zumal Teile der damaligen Opposition im Bundestag die Wiedervereinigung geradezu militant ablehnten. Beklagt wird aber zu Recht, dass bei den Einheitsfeierlichkeiten der Verlust von Pommern, Schlesien und Ostpreußen und die in Jahrhunderten von diesen deutschen Provinzen erbrachten Leistungen keine Erwähnung fanden. In die große Freude über die Einheit mischt sich



Daniela Schadt und Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck.

für mich als Königsberger ein Wermutstropfen, weil die Geschichte der ehemaligen deutschen Provinzen – absichtlich oder gedankenlos – dem Vergessen preisgegeben wird. Für die Stadt Frankfurt begrüße ich Herrn Oberbürgermeister Peter Feldmann und die neue Stadtverordneten-Vertreterin Arslaner Gölbası. Danke, dass Sie als Hausherr – wie in den vergangenen Jahren – die Paulskirche für unsere Preisverleihung zur Verfügung gestellt und hiermit unserer Veranstaltung einen würdigen Rahmen gegeben haben. Wir sind hier an dem Ort, an dem die Deutschen im 19. Jahrhundert um ihre Nation gerungen haben, um die Demokratie und damit um den Rechtsstaat. Im Jahre 1849 verabschiedete das Paulskirchenparlament eine Verfassung, die zwar nie in Kraft trat, aus der aber Elemente in die Weimarer Verfassung sowie in das Bonner Grundgesetz Eingang gefunden haben. Insofern gibt es eine starke Verbindungslinie, die

von der Frankfurter Nationalversammlung bis zur politischen Verfasstheit Deutschlands in der Gegenwart reicht.

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat im November 2019 einen grundlegenden Beschluss zur Sanierung der Paulskirche gefasst. Daher wird die Paulskirche nun für einige Jahre der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stehen. Ich bin zuversichtlich, dass die Stadt Frankfurt die Gelegenheit nutzen wird, um nicht nur die Haustechnik auf den neuesten Stand zu bringen, sondern in der anstehenden Renovierung die Chance ergreift, der Paulskirche das Gesicht zu geben, das die mit ihr verbundene Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts widerspiegelt. Es handelt sich nach meiner Überzeugung um ein Vorhaben von nationaler Bedeutung mit internationaler Ausstrahlung, an dem sich auch Land und Bund beteiligen sollten. Die Paulskirche ist

und bleibt für mich ein nationales Symbol. Für die erneute Übernahme der Schirmherrschaft danke ich Ministerpräsident Volker Bouffier. Das ist Ausdruck der Verbundenheit nicht nur mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis, sondern vor allem auch mit den Zielen des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN. Überhaupt fördert das Land Hessen – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – vorbildlich die Arbeit der Heimatvertriebenen. Hessen hat als erstes Land vor über 20 Jahren die Stelle eines Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler geschaffen. Ich begrüße an dieser Stelle die Landesbeauftragte, Frau Margarete Ziegler-Raschdorf. Darüber hinaus stützt die Landesregierung die Förderarbeit sowohl finanziell als auch personell weit überdurchschnittlich aus. Zu erwähnen ist auch der Hessische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und der Tag der Vertriebenen an jedem Hessentag. Hervorheben möchte ich die Tatsache, dass im Kerncurriculum Geschichte für die Oberstufe bei uns in Hessen das Themengebiet Flucht und Vertreibung verpflichtend ist. Hinzu kommen die Existenz eines Landesbeirates für Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen und des Unterausschusses des Landtags für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung. In § 96 des Bundesvertriebenengesetzes heißt es: „Bund und Länder haben ... das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein ... des ganzen deutschen Volkes und des Auslands zu erhalten...“ Wir danken Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Ihre Landesregierung diesen Gesetzesauftrag beispielhaft mit Leben erfüllt. Ich begrüße die Vizepräsidentin des Europarlaments, Nicola Beer mit ihrem Ehemann Jürgen Illing, Herrn Bundestagsabgeordneten Stefan Sauer und den Hessischen Minister des Inneren und für Sport, Peter Beuth. Ich begrüße unseren Laudator, Dr. Bernd Fabritius, seit 2014 Präsident des Bundes der Vertriebenen, seit 2018 Beauftragter der Bundesregierung für

Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Ich begrüße die Ehrenpräsidentin des Bundes der Vertriebenen und – gemeinsam mit Peter Glotz – Gründungsvorsitzende des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Erika Steinbach. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sie aus Anlass der kürzlichen Eröffnung des „Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ würdigend erwähnt. Ich begrüße die zahlreichen Mitglieder des Hessischen Landtages, den Präsidenten der IHK Ulrich Caspar, die Pröpstin von Nord-Nassau, Sabine Bertram-Schäfer, den Vize-Regierungspräsidenten von Darmstadt Dr. Stefan Fuhrmann, die Vorsitzende des Trägervereins unserer Stiftung, Gudrun Osterburg und den Vorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Reinfried Vogler. Im Mittelpunkt unseres heutigen Zusammenkommens steht Joachim Gauck. Wir heißen Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, gemeinsam mit Frau Schadt herzlich willkommen. Um Sie, Herr Bundespräsident zu ehren, sind wir heute hier. Die Jury brauchte nicht lange zu beraten, um Sie mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis zu ehren. Wir freuen uns, dass Sie bereit sind, den Ihnen angetragenen Preis anzunehmen. Wir wollen Sie heute ehren für Ihr jahrelanges unerschütterliches Eintreten gegen Flucht und Vertreibung. Wir fühlen uns aber auch unsererseits geehrt durch Ihre Anwesenheit. Sie sind ein Bundespräsident der klaren und mutigen Worte gewesen. Im Mittelpunkt Ihres Wirkens stand und steht – sicherlich auch biographisch bedingt – Ihr Kampf für die Freiheit und Ihr unermüdliches Werben für den Wert der Freiheit. Im Jahre 2005 haben Sie, Herr Bundespräsident, hier an Ort und Stelle die Würdigung des damaligen Trägers unseres Menschenrechtspreises, Bischof Komarica, vorgenommen. Heute sind Sie nun unser Preisträger. Noch einmal ein herzliches Willkommen! Sie alle, die Sie heute in die Paulskirche gekommen sind, begrüße ich sehr herzlich.



Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Volker Bouffier

Sehr verehrter, lieber Bundespräsident
Dr. Gauck, liebe Frau Schadt,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Herr Feldmann,
lieber Christean Wagner,
lieber Dr. Fabritius,
lieber Peter Beuth,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Par-
lamenten, meine sehr verehrten Damen und
Herren.

Ich erinnere mich eines besonderen Tages,
es war auch ein besonderer Tag für Sie, sehr
geehrter Herr Bundespräsident, Sie haben an
diesem Tag einen Satz gesagt, den ich mir ge-
merkt habe. „Was für ein schöner Sonntag“.
Sie erinnern sich, das war Ihr erster Satz nach
Ihrer Wahl zum Bundespräsidenten der Bun-
desrepublik Deutschland. An einem Sonntag
und heute ist auch wieder Sonntag. Und es
ist ein schöner Tag, nicht nur weil das Wetter
einigermaßen mitspielt, sondern weil es uns
eine Freude und eine Ehre ist, Sie heute aus-
zeichnen zu dürfen.

Meine Damen und Herren, ich grüße Sie als
Schirmherr des Franz-Werfel-Menschenrechts-
preises, ich grüße Sie im Namen der Hessi-
schen Landesregierung, auch meines anwe-
senden Kollegen Peter Beuth und vieler, vieler
Kolleginnen und Kollegen. Die Verleihung des
Franz-Werfel-Menschenrechtspreises verbind-
et die Erinnerung an das Leid mit der Sensi-
bilität für die Probleme der Gegenwart. Christ-
ean Wagner hat darauf hingewiesen, gerade
wir in Hessen fühlen uns in besonderer Weise
verpflichtet, die Erinnerung wach zu halten,
aus der Erinnerung Orientierung für Gegen-
wart und Zukunft zu gewinnen.



Schirmherr der Veranstaltung war der Hessische Ministerpräsi-
dent Volker Bouffier.

In der Zeit von Ende 1945, Anfang 1946 bis
1950 sind etwa eine Million Vertriebene nach
Hessen gekommen. Eine Million, das war
damals ein Viertel der Bevölkerung und das
heutige Hessen wäre nicht denkbar ohne die
Leistungen, ohne diejenigen, die gezwun-
genmaßen ihre Heimat verloren haben. Und
es wäre nicht erklärbar, wo wir heute stehen,
wenn wir dies einfach der Vergangenheit und
der Vergessenheit anheimgeben. Deshalb hat
Hessen, einfach über viele, viele Jahre, schon
vor unserer Regierungszeit, sich immer dieser
Aufgabe besonders gestellt. Wir haben eine
Vielzahl von Partnerschaften. Die Arbeit und
die Unterstützung der Vertriebenenverbände
ist uns keine gesetzliche Verpflichtung, das ist
sie auch, sie ist uns aber vor allen Dingen ein

Anliegen. Und wir setzen diese Arbeit fort. Die Erlebnisgeneration ist zum guten Teil verstorben. Die, die noch da sind, sind hochbetagt. Und trotzdem ist es wichtig, daran zu erinnern, alleine aus Respekt vor den Opfern, vor dem Leid. Aus Respekt vor der Aufbauleistung, die hier erbracht wurde, aber eben auch um Orientierung für Gegenwart und Zukunft zu finden.

Christean Wagner hat zwei Beispiele genannt und ich will kurz darauf eingehen. Diejenigen, die aus familiärer Geschichte selbst wissen, wie es war, die erinnern und wenn sie Gelegenheit haben, dann berichten sie darüber, aber für immer mehr Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist das alles ferne Geschichte. Aber es ist unser gemeinsames Erbe und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung und deshalb habe ich vor Jahren entschieden, als eines der ersten Bundesländer, dass wir einen Gedenktag einführen. Einen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Und nicht zufällig ist dieser Gedenktag auf den Tag der Heimat gelegt worden, den unsere Vertriebenenverbände feiern. Der Tag der Heimat ist natürlich ein besonderer Tag für die Vertriebenen. Ein solcher Gedenktag ist aber mehr. Er ist, und deshalb habe ich es gemacht, er ist Anlass zur Erinnerung, auch zur Auseinandersetzung und zum Begreifen, dass es unsere gemeinsame Geschichte ist.

Wir haben heute viele Herausforderungen der Integration. Man kann manches lernen, wenn man sich die Zeit von damals anschaut. Die Wahrheit ist, viele Vertriebene waren nicht willkommen. Man kann das verstehen. Stellen Sie sich heute einen kleinen Moment vor, sie kommen aus dem Sudetenland, aus Schlesien oder wie meine Mutter aus dem Banat oder der Batschka. In der Regel im Güterwagen und irgendwo blieb der stehen und dann wurden sie erfasst und dann hieß es „ihr geht da und da hin“. Der Bür-

germeister wurde vorher auch noch informiert und die Leute mussten untergebracht werden. Und dann ging der da durch und sagte, „ihr da oben, ihr habt noch ein Zimmer und da kommt jetzt eine Familie mit vier Leuten rein“, über Nacht, einfach so. Kann man verstehen, dass sie nur eingeschränkt begeistert waren. Das Land war zerstört, ruiniert. Die Menschen haben gehungert, sie hatten Leid und trotzdem ist es gelungen, dieses Land zusammenzuführen und dieses Land auch in einer geradezu sagenhaften Weise erfolgreich zu gestalten. Dass das gelungen ist, das ist zum einen denen zu danken, die immer hier waren, aber auch ganz besonders denen, die sich in ihrer neuen Heimat, und das war ja eine neue Heimat, in ganz besonderer Weise eingebracht haben. Und deshalb gilt auch heute „Danke“ an die, die dieses gemeinschaftliche Aufbauwerk zu dem gemacht haben, was es geworden ist. Ein einzigartiger Erfolg, meine Damen und Herren.

Und deshalb lieber Christean, du warst ja selbst mit engagiert, haben wir nach langen Diskussionen, wie das ja bei Schule und solchen Fragen immer ist, dann entschieden: wir überlassen es nicht dem Zufall, ob ein Schüler, eine Schülerin in Hessen irgendwann mal etwas davon erfährt, dass diese eine Million Menschen zu uns gekommen sind und wo sie herkommen, und welche Bedeutung das hat, sondern wir haben das verpflichtend in den Geschichtsunterricht hineingeschrieben. Und lieber Herr Vogler, ich habe Sie vorhin begrüßt, Sie, gerade Sie waren einer derjenigen, der mit größter Beharrlichkeit gerade dieses Ziel angesteuert hat und ich glaube es ist ein schöner Erfolg Ihrer Arbeit und der Arbeit vieler anderer, dass wir das heute fest verankert haben und eben auch jungen Menschen berichten, wie es war, damit sie besser verstehen wie es geworden ist und eine Orientierung für die Zukunft haben. Und bei der Orientierung für die Zu-



„Heimat ist ein Menschenrecht. Wer die Heimat erzwungenermaßen verliert, der verliert ein Stück Identität“: Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier in der Paulskirche.

kunft möchte ich zu Ihnen, lieber Herr Dr. Gauck, sprechen. Wir leben in einer Zeit, in der die Welt vielleicht nicht friedlicher geworden ist, sicherlich unübersichtlicher und viele, viele Menschen auf der Flucht sind. Sie haben Ihr ganzes Leben, nicht nur als Bundespräsident, dieser großen, faszinierenden Aufgabe gewidmet, nicht nur für die Freiheit, sondern für die Menschenrechte unbeirrt und unerschrocken immer einzutreten. Nicht jedes Mal gab es Beifall, aber es war absolut richtig. Und deshalb ist es mir eine große Freude, dass die Jury Sie zum diesjährigen Preisträger gemacht hat und eine noch größere Freude, dass Sie diesen Preis entgegennehmen.

Sie haben, und da gibt es eine gute Verbindung, das Thema der Freiheit, das Thema der Heimat auch immer in einen größeren Zusammenhang gestellt. Heimat ist ein Menschenrecht. Wer die Heimat erzwungenermaßen verliert, der verliert

ein Stück Identität. Der verliert ein Stück von sich. Und es waren Sie, der 2015, ich erinnere mich an diese Rede sehr gut, der sich auseinandergesetzt hat mit dem Thema Flucht, Vertreibung. Flucht, Vertreibung einfach, weil man anders war. Sie haben Bezug genommen auf das Schicksal der Armenier. Die Armenier wurden von den sogenannten Jungtürken verfolgt, vertrieben, vernichtet, wie sie damals die Vorstellung hatten der ethnischen Einheit mit allem was daran Schlimmes noch hängt. Diese Vorstellung ist nicht untergegangen. Die gibt es heute noch in vielen Bereichen. Sie haben darauf hingewiesen, dass Recht auf Heimat, dass Menschenrechte nicht nur global, sondern in einem größeren Zusammenhang zu sehen sind und dort ordne ich auch Ihre Arbeit ein, wenn es um die Vertriebenen in Deutschland und anderen Ländern geht. Sie haben den Namens-träger seinerzeit zitiert, Franz Werfel. Der mit



„Lieber Herr Bundespräsident, Sie sind ein Glücksfall für unser Land. Das hören Sie nicht gerne, ich sag es trotzdem“: Leidenschaftlicher Dank des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier an Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck.

seinem berühmten Werk „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ Schicksal und Elend der Armenier beschrieben hat. Und Sie waren der Bundespräsident, der das, was dort geschah, so benannt hat, wie man es benennen muss. Es war ein Völkermord. Nicht alle fanden das gut. Aber es war richtig. Es war mutig, es war aufrichtig. Und genau das, lieber Herr Dr. Gauck, das zeichnet Sie aus. Die Aufgabe, für Menschenrechte einzutreten mit Klugheit, auch mit Respekt, auch mit der Fähigkeit der gegenseitigen Toleranz, auch der Toleranz, andere Meinungen zu ertragen, dazu haben Sie sich in einem großen Interview vor nicht allzu langer Zeit geäußert. So wie ein Bundespräsident sich äußert, der genau weiß, dass jedes Wort auf die Waage gelegt wird und trotzdem klar und eindeutig. Und deshalb ist es eine große Freude, dass Sie heute ausgezeichnet werden, mir ist es eine ganz persönliche Freude, Sie hier wiederzusehen mit Ihnen, sehr verehrte Frau Schadt.

Ich fasse das mal so zusammen: Wir Hessen sind fest verwurzelt in der Heimat und offen für die ganze Welt. Das ist etwas anderes als Heimatduselei. Das ist auch etwas anderes als „my first nation“ und schlichter Nationalismus. Nein, Bekenntnis zur Heimat und offen für die ganze Welt ist aus meiner Sicht ein sehr moderner Begriff für einen nach vorne gerichteten Patriotismus. Das ist es, was ich Ihnen gerne sagen möchte.

Lieber Herr Bundespräsident, Sie sind ein Glücksfall für unser Land. Das hören Sie nicht gerne, ich sag es trotzdem. Ich beglückwünsche Sie im Namen des Landes Hessen als Schirmherr, ganz persönlich und auch von meiner Frau, das ist vielleicht das Allerwichtigste für Sie. Zur Auszeichnung wünsche ich Ihnen, und Ihnen, liebe Frau Schadt, bleiben Sie, wie Sie sind, erheben Sie Ihre Stimme, bleiben Sie gesund und uns gemeinsam eine gute Zukunft. Herzlichen Dank.



Seit 2003 der Ort der Preisverleihungen des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises: Die Paulskirche in Frankfurt am Main.

Dr. Bernd Fabritius MdB

Laudator

Bernd Fabritius wurde in Agnetheln/Rumänien geboren. Er entstammt einer evangelisch-lutherisch geprägten Familie aus Siebenbürgen. 1983 machte er das Abitur in Hermannstadt, kurz danach siedelte die Familie 1984 in die Bundesrepublik Deutschland aus. Ab 1985 studierte Fabritius Staatliche Sozialverwaltung und machte 1988 den Abschluss als Dipl.-Verwaltungswirt. Danach trat er in den Dienst des Freistaates Bayern und wurde Beamter bei der Landesversicherungsanstalt Oberbayern. Daneben studierte er erfolgreich Politikwissenschaften und ab 1997 Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München und war nach dem Jurastudium als Rechtsanwalt tätig. 2003 wurde er promoviert in Hermannstadt und Tübingen.

2013 zog Fabritius für die CSU in den Deutschen Bundestag. Seit 2014 ist er Präsident des Bundes der Vertriebenen. In der 19. Wahlperiode wurde er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und zog 2021 erneut in den Deutschen Bundestag ein.



“
Flüchtlinge und Vertriebene, also Menschen,
die ihres fundamentalen Rechts auf selbstbe-
stimmtes Leben beraubt wurden, sind Ihnen
zutiefst dankbar. Es braucht Menschen wie
Sie, Herr Bundespräsident ...
”

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Schadt,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre, die würdigen Worte zur heutigen Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises an Bundespräsident Joachim Gauck sprechen zu dürfen. Dafür danke ich dem Vorsitzenden der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Dr. Christean Wagner, sowie dem Schirmherrn des heutigen Festaktes, Ministerpräsident Volker Bouffier.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, als wir vor zwei Wochen gemeinsam an der Eröffnung des Dokumentationszentrums der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin teilnahmen, haben wir wohl beide die Geschichtsträchtigkeit jener Stunde verspürt. Dieser Ort wird ein Ort der Erinnerung und Versöhnung, aber sicher auch der konstruktiven Debatten und der kritischen Betrachtung zukünftiger Entwicklungen sein.

Ihre Teilnahme war ein Eintreten dafür, dass den Menschen der Raum für Erinnerung – sei es die individuelle, sei es die kollektive – gegeben werden muss. Erinnerung, deren sicht- und greifbare Projektion in der Gegenwart und die daraus erwachsende Kraft für die Zukunft sind einer der fundamentalen Stränge des menschlichen Daseins.

Es liegt mir fern, den Begriff der Menschenrechte auf alles auszudehnen, was gerade opportun erscheint – gerade deshalb betone ich jedoch, dass es eines jeden Menschen Recht ist, einen geeigneten, im besten Fall staatlich legitimierten Ort für die Erinnerungspflege vorzufinden. Es ist nun über 20 Jahre her, dass die Debatte um eine Vertriebenen-Gedenkstätte in Berlin erstmalig wahrnehmbar Schwung aufnahm. Es war Joachim Gauck, der von Anfang an seine Unter-



„Flüchtlinge und Vertriebene sind Ihnen zutiefst dankbar“: Dr. Bernd Fabritius MdB in seiner Laudatio auf Joachim Gauck.

stützung für das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN öffentlich bekundete.

Sehr geehrter Herr Gauck, Sie haben von Beginn an gespürt, wie fundamental und wie notwendig ein solcher Erinnerungsort für die deutschen Flüchtlinge und Vertriebene ist. Es widersprach Ihrem Grundverständnis von Würde und Recht, diesen Menschen und ihren Nachkommen ein sichtbares Zeichen staatlichen Gedenkens für das erlittene Leid und Unrecht zu verweigern! Sie gehörten – damals wie heute – zu den prominenten Mitstreitern der Arbeit des ZgV, des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.

Damit definierten Sie ein Fundament der Legitimität für den sehnlichen Wunsch der Vertriebenen und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler, nach einem Gedenkort für das eigene – persönliche wie auch kollektive – Leid,

das neben vielen anderen auch einen der Schicksalsstränge gesamtdeutscher Geschichte darstellt.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, es war mir wichtig, diese Ausführungen rund um das Dokumentationszentrum der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ an den Beginn Ihrer Würdigung zu stellen.

Nicht nur, weil sie das aktuelle Geschehen in Berlin aufgreifen, sondern vor allem, weil sie eine prägende Nuance Ihres Handelns, Ihres Wertekompasses und Ihrer Persönlichkeit verdeutlichen: der Name und der Mensch Joachim Gauck werden in der allgemeinen Wahrnehmung verbunden mit dem Gespür für Freiheit sowie für Recht und Gerechtigkeit, mit dem Einsatz für die Benachteiligten und Unterdrückten, mit dem Aufbegehren gegen staatliches, kollektives und individuelles Unrecht. Mit diesen Attributen und Zuordnungen, sehr geehrter Herr Gauck, gehen Sie bereits zu Lebzeiten in die Geschichte ein.

Daran konnten auch die diplomatischen Zwänge, denen Sie sich im Laufe Ihres Lebens in unterschiedlichem Ausmaß unterwerfen mussten, nur wenig ändern. Etwas losgelöst, aber doch bewusst an dieser Stelle und in diesem Kontext erinnere ich an die Worte des deutschen Philosophen Max Scheler: „Es genügt unter Umständen eine einzige Handlung oder ein einziger Mensch, damit wir in ihm das Wesen dieser Werte erfassen können.“

Nehmen Sie bitte den Preis, der Ihnen heute verliehen wird, auch als Anerkennung Ihrer Haltung entgegen – denn sie hat den Menschen Mut gemacht und bei so manchem die Zweifel daran besiegt, dass Recht und Würde Universalwerte sind. Mit dem Gewicht Ihres Wortes in der bundesdeutschen Gesellschaft und über unsere Ländergrenzen hinweg traten Sie den Revanchismus-

vorwürfen oder gar Unterstellungen hinsichtlich möglicher Gebietsrückforderungen immer wieder entschieden entgegen.

Ich erinnere einmal mehr an die Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Berliner Kronprinzenpalais im Jahr 2006, die sich übrigens als erfolgreiche Nagelprobe für die Konzeption weiterer Ausstellungen des ZgV darstellen sollte, wo Sie aus tiefster Überzeugung alle Vorwürfe abwehrten, dass die Vertriebenen hier etwa Geschichtsrevisionismus im Schilde führten. Sie gingen noch weiter und forderten einen anerkannten geschützten Raum zur Erinnerung an das Verlorene.

Damit erreichten Sie sowohl das Herz der Vertriebenenverbände, die sich zu Unrecht diffamiert sahen und endlich frei von diesem Stigma ihrer grenzüberschreitenden und auf europäische Versöhnung ausgerichteten Arbeit widmen wollten.

Aber Sie erreichten auch, dass die Menschen, die heute in den ehemaligen Vertreibungsgebieten leben – Polen, Russen, Tschechen, um nur einige zu nennen –, die teils offen hetzerischen Einflüsterungen, die Deutschen wollten ihnen ihr Zuhause wegnehmen, zunehmend als unglaubliche Propaganda identifizierten. Aus Ihren Worten, sehr geehrter Herr Gauck, sprach immer die Vernunft, dass das Unrecht der Vertreibung niemals durch ein neues Unrecht vergolten werden kann.

Sehr geehrter Herr Gauck, die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen, die Aussiedler und Spätaussiedler wussten Sie sowohl dann an ihrer Seite, wenn ein klarstellendes Wort vonnöten war, als auch dann, wenn es um moralische Unterstützung ging. Sie wussten, dass jeder Vertriebene bei den wenigen Sachen, die er mitnehmen konnte, im Fluchtgepäck ein Gebetbuch und eine

Bibel mitführte. Sie, lieber Herr Gauck, stehen den Vertriebenen und Spätaussiedlern als Theologe und als Mensch, der Kraft aus der Geistlichkeit schöpft, vom Wesen her nah. Denn Sie wissen aus persönlicher Erfahrung: Wer benachteiligt wird, wer unterdrückt und schon immer oder ganz plötzlich als Fremdkörper im eigenen Heimatland gilt – der sucht Beistand und Trost beim Pfarrer. Politische Systeme können so unerbittlich und grausam sein zu Menschen. Bis heute können wir auf der politischen Weltkarte unzählige Staaten benennen, in denen Menschenwürde und Menschenrechte nichts bedeuten. Das gilt es unablässig anzuprangern – denn es sind diese Staaten, in denen die Wahrscheinlichkeit am höchsten ist, Opfer von Flucht und Vertreibung, von Repression und Aggression zu werden.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sie waren es, der anlässlich des Festakts zum ersten Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2015 durch den Tenor Ihrer Festrede den Rahmen dieses nationalen Gedenktags definiert und die Selbstverpflichtung Deutschlands, der Opfer aus unseren Reihen zu gedenken, verankert haben. Sie zitierten damals den britisch-jüdischen Humanisten Sir Victor Gollancz mit dessen Worten: „Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte, wird diese Vertreibung als die unsterbliche Schande all derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlasst oder die sich damit abgefunden haben.“ Damit rührten Sie bereits an dem latenten Unbehagen, das viele Menschen – sowohl in Deutschland, aber auch in den Vertreiberstaaten – in sich verspüren; weil die Menschen wissen, dass die ignorante, grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber diesem Kapitel der deutschen Geschichte sie selbst beschämt. Mit der für Sie kennzeichnenden Ehrlichkeit nannten Sie als Bundespräsi-

dent, stellvertretend für das deutsche Volk, das Unrecht beim Namen. Ich möchte Ihre Worte wiederholen: „... unsere Haltung zum Leid der Deutschen war und blieb verknüpft mit unserer Haltung gegenüber der Schuld der Deutschen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir – wieder – an das Leid der Deutschen erinnern konnten, weil wir die Schuld der Deutschen nicht länger ausblendeten.“

Frau Prof. Aleida Assmann, Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2018 und ein Jahr später Ehrengast bei der Gedenkstunde im Deutschen Historischen Museum in Berlin anlässlich des Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung, erinnert sich an eine Einladung ins Schloss Bellevue. Es war im Januar 2013, im ersten Amtsjahr Ihrer Bundespräsidentschaft: „Sein Thema war die Erinnerung an Migration, Flucht und Vertreibung. Er wollte von den Geladenen wissen, in welcher Form diese Geschichte Teil einer nationalen Erinnerung werden und wie man daraus ein gesamtgesellschaftliches Thema machen könne.“ Frau Assmann zitiert Sie aus der Erinnerung weiter mit folgender Aussage: „Ich möchte mich dieser historischen Erfahrung stellen und kann das Argument nicht mehr hören: ‚Wer Wind sät, wird Sturm ernten!‘ Aus diesem Gefängnis will ich raus.“

In bewundernswert konsequenter Haltung prägten Sie dann mit dem Begriff „Erinnerungsschatten“ eine vortreffliche Metapher für die Situation der Vertriebenen, die die letzten fünf Jahrzehnte bundesdeutscher Befindlichkeit psychologisch und gesellschaftlich zutreffend beschreibt. Sie begrüßten es – ich zitiere – „außerordentlich, dass die Politik nun hilft, das Schicksal dieser Menschen aus dem Erinnerungsschatten zu holen. Und ich danke allen, nicht zuletzt dem Bund der Vertriebenen, die sich dafür eingesetzt haben!“ Nicht nur, dass Sie in vorbildlicher Weise ein jahr-

zehntelang tabubehaftetes Thema aufgegriffen und in den gesellschaftlichen Diskurs eingespeist haben ...; das große Verdienst besteht auch darin, dass Sie über Deutschlands Grenzen hinaus die betroffenen Menschen in Polen, in Tschechien und der Königsberger Exklave in ihrer legitimen Würde bestätigt haben. Niemand strebt an, Unrecht mit Unrecht zu begleichen!

Sehr geehrter Herr Gauck, Sie gehörten und gehören bis heute zu den Menschen, deren Wortmeldungen jederzeit mit großer Aufmerksamkeit erwartet und bewertet werden. So, wie Anfang 2015, als Sie sich im Berliner Dom weiter vorwagten, als die Positionierung von Parlament und Regierung es hätte erwarten lassen. Sie ließen es sich nicht nehmen, in der Debatte um das Schicksal der Armenier von Völkermord zu sprechen. Das nur beispielhaft dafür, dass Ihnen Realität immer schon näher lag als Ideologie.

Ihre Worte kamen immer zum richtigen Zeitpunkt und sind auch deshalb von bleibendem Wert, weil sie Stimmungen und Wandlungen in der Gesellschaft aufgriffen und verbildlichten. Ich möchte meine Würdigung darum gerne mit einem Zitat aus einem Interview ausklingen lassen, das Sie dem Deutschlandfunk vor nunmehr 15 Jahren gaben: „Es gibt Menschen, die haben für die Nazi-Verbrechen mehr bezahlt als die Menschen in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. Das sind die Schlesier, die Pommern und die Ostpreußen, die alles verloren haben. Viele von uns anderen Deutschen haben manches verloren. Die haben dann ihre ganze Heimat verloren, und das kann man jetzt erinnern, ohne dass damit der Nazi-Terror oder auch die Schuld der Deutschen geleugnet würde. Das müssen wir erst einmal lernen.“

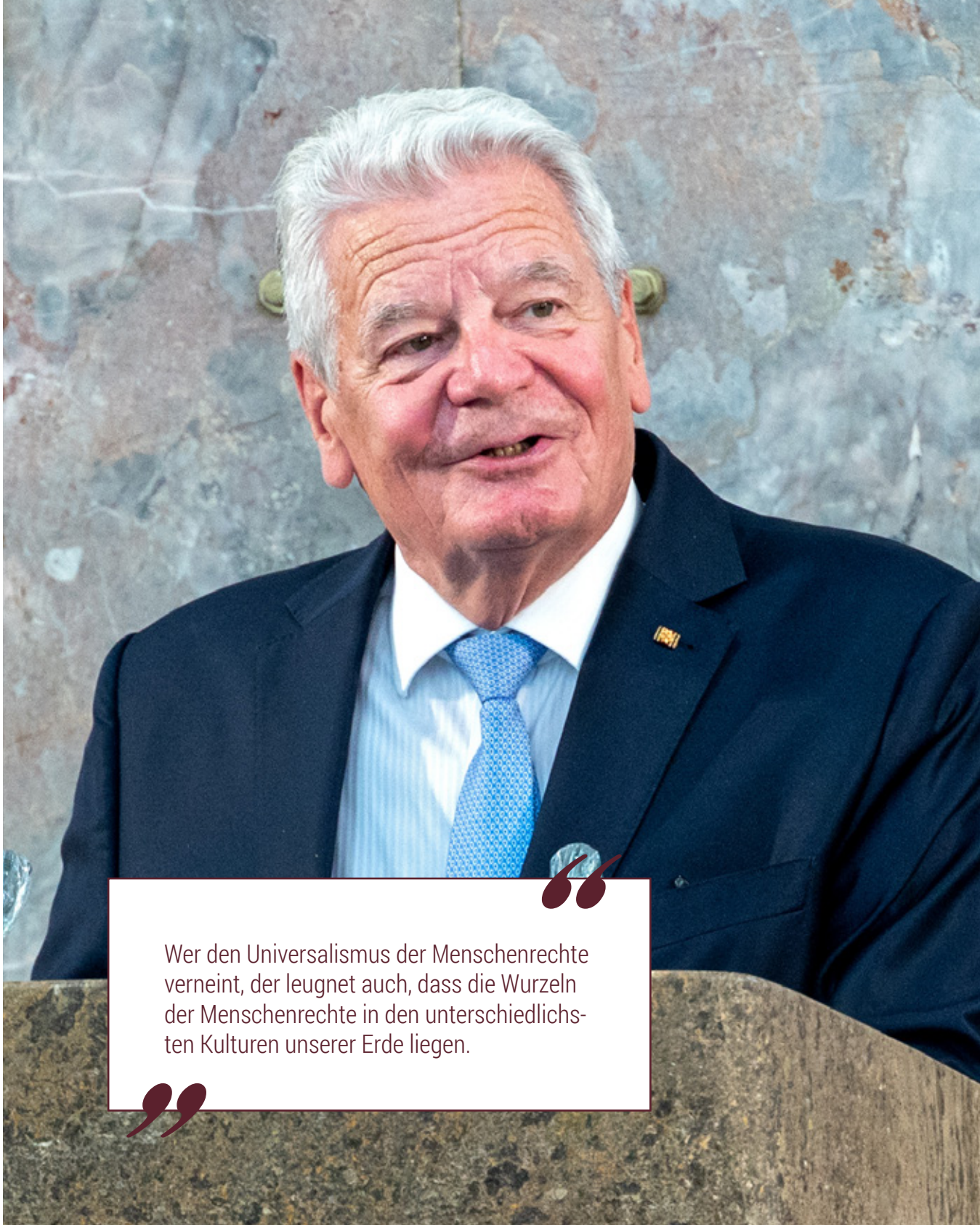
Flüchtlinge und Vertriebene, also Menschen, die ihres fundamentalen Rechts auf selbstbe-



Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck und Daniela Schadt.

stimmtes Leben beraubt wurden, sind Ihnen zutiefst dankbar. Es braucht Menschen wie Sie, sehr geehrter Herr Gauck, an denen die Gesellschaft mein vorhin angebrachtes Zitat von Max Scheler spiegeln, verifizieren und bestätigt sehen kann.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, Sie sind ein würdiger Preisträger des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises 2021.



“
Wer den Universalismus der Menschenrechte
verneint, der leugnet auch, dass die Wurzeln
der Menschenrechte in den unterschiedlich-
sten Kulturen unserer Erde liegen.
”

Dr. h.c. Joachim Gauck

Preisträger

Joachim Gauck wurde am 24. Januar 1940 in Rostock geboren, ging dort zur Schule, machte dort sein Abitur und studierte hier Theologie. Prägend für seine Haltung und Ablehnung des SED-Regimes war das Schicksal seines Vaters. Dieser verschwand 1951 plötzlich und spurlos. Nachforschungen blieben erfolglos. Erst 1953 erfuhren die Angehörigen, dass er nach einer Verurteilung zu 2 x 25 Jahren Lagerhaft in ein sibirisches Arbeitslager deportiert wurde, aus dem er Ende 1955 zurückkehrte. Nach dem Theologiestudium wurde Gauck Pastor, zwischen 1982 und 1990 Leiter der Kirchentagsarbeit in Mecklenburg. 1990 wurde er zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, im Volksmund auch „Gauckbehörde“ genannt, gewählt. Anliegen der Behörde war die Öffnung der Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes für die Aufarbeitung, insbesondere der Zugang der Betroffenen zu den Informationen, die der Staatssicherheitsdienst zu ihnen gespeichert hat.

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt und vor der Wahl zum Bundespräsidenten engagierte sich Gauck politisch für die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der SED-Diktatur. In allen seinen Funktionen hat er immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur nicht dazu führen dürften, das Unrecht an den vertriebenen Deutschen zu verschweigen. Als Bundespräsident prägte er den Begriff des „Erinnerungsschattens“ und bezeichnete den Völkermord an den Armeniern in einer Rede als „Völkermord“.

Preisverleihung 2021 | Dr. h.c. Joachim Gauck

Dankesrede des Preisträgers

in der Frankfurter Paulskirche am 4. Juli 2021





Bevor ich anfangen, eine kleine Erinnerung. Ich war 14, lebte in der DDR, in einer kommunistischen Diktatur und las das Buch von Franz Werfel, das heute schon erwähnte wurde: „Die vierzig Tage des Musa Dagh“. Man konnte es in der DDR kaufen. Bevor ich also politisch wurde und Fakten sammeln konnte, die mir erlaubten, die Diktatur zu erkennen und später zu delegitimieren, ist mein Herz getroffen worden. Und manchmal ist es so, dass wir nicht mit Fakten und Daten alleine, die sich im Intellekt verorten und ablagern, sondern aus einer Geneigtheit des Herzens in Haltungen kommen, die unser Dasein herausfordern. Da musst Du dir etwas merken, denn da wirst du später etwas zu tun haben. Oder, dort musst du lang gehen. Und deshalb braucht unser Intellekt oftmals die Unterstützung derer, die uns in besonderer Weise als Künstlerin oder Künstler bewegen können, das zu tun, was wir als Humanisten denken. An dieses Miteinander wollte ich zu Beginn erinnern. Aber das steht nicht in meinem Manuskript. Das kam soeben über mich.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Minister des Innern,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr verehrter Herr Dr. Wagner,
sehr geehrter Herr Dr. Bernd Fabritius,
verehrte Mitglieder der Jury,
meine Damen und Herren,

zu Beginn möchte ich danke sagen. Ein sehr herzlicher Dank an Sie, lieber Dr. Christean Wagner und an das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, an die Jury, die mir diesen Preis zugesprochen hat. Ich danke auch Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihnen Herr Oberbürgermeister. Ich freue mich, den Preis hier in Frankfurt am Main, an dem Ort entgegenzunehmen,



Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck während seiner Rede in der Paulskirche.

an dem die Deutschen im 19. Jahrhundert so intensiv um ihre Nation gerungen haben, um die Demokratie und damit um den Rechtsstaat. Und wie schön ist es doch, dass wir nach so einer langen Zeit, in der keine oder kaum Begegnungen stattfinden konnten, heute hier zusammenkommen können. Ich freue mich sehr darüber!

Ich fühle mich geehrt, dass Sie, lieber Bernd Fabritius, so freundliche und ergreifende Worte zur Übergabe dieses Preises gefunden haben.

Sehr verehrte Damen und Herren,
vor wenigen Tagen stand ich in der lichtdurchfluteten Eingangshalle des ehemaligen Deutschlandhauses in der Mitte Berlins: Das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“



Preisübergabe: der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck, Stiftungsvorsitzender Dr. Christean Wagner, Oberbürgermeister Peter Feldmann, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Dr. Bernd Fabritius (v.l.n.r.).

wurde eröffnet. Nach über zwanzig, teilweise turbulenten Jahren hat die Idee Gestalt angenommen, die im Jahr 2000 mit dem ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN vom Bund der Vertriebenen auf den Weg gebracht wurde. Nun hat Deutschland – getragen von einem Beschluss des Bundestages – einen würdigen Ort, an dem des Leids der eigenen Landsleute gedacht wird, aber auch Solidarität geübt wird mit allen anderen Opfern von Vertreibung und Genozid. Ich habe die Initiative zu einem derartigen Zentrum von Anfang an unterstützt und gesteuert: Mich erfüllte in jener Stunde ein Gefühl der Dankbarkeit. Dass aus dem selbsterfahrenen Leid von Flucht und Vertreibung der Deutschen in den letzten Jahrzehnten eine besondere Empathie für andere Menschen mit Flucht- und Vertreibungserfahrungen erwachsen konnte, halte ich für keine Selbstverständlichkeit. Umso mehr schätze ich

es, dass es gelungen ist, nicht im eigenen Leid zu verharren und empfänglich zu werden für das Schicksal anderer. Es freut mich, dass es mit der Dauerausstellung im Berliner „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gelungen ist, das Erinnern mit Erkenntnis, und die Erkenntnis mit Empathie zu verbinden. Denn Entwurzelte, Flüchtlinge, Vertriebene, zwangsweise Emigrierte, Heimatlose einst und Heimatlose heute und morgen – sie alle machen tief in ihrer Seele dieselbe schmerzliche Erfahrung, die der Schriftsteller Jean Améry, Flüchtling vor Nazi-Deutschland und Überlebender von Bergen-Belsen, in die einfache, bedrückende Formel fasste: „Man muss Heimat haben, um sie nicht nötig zu haben.“

Dass wir heute dort stehen, wo wir stehen, hat viel Engagement, Entschiedenheit und Stand-



„In einer neuen Dimension ist das Thema so im kollektiven Gedächtnis der Nation angekommen“: Leidenschaftlich bedankte sich Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck für die Auszeichnung.

festigkeit erfordert. Ich erinnere mich noch an den heftigen Gegenwind, den das Projekt eines ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN zunächst erfuhr. Was ist nicht alles angeführt worden:

- Dass Deutsche nicht an die Vertreibung ihrer Landsleute erinnern dürfen, weil Angehörige eines Täter-Volks keine Opfer sein können.
- Dass die Erinnerung an deutsches Leid die deutsche Schuld und das Leid der Opfer von Deutschen schmälert.
- Dass keine Initiative gegen Vertreibungen unterstützt werden darf, wenn sie von den Falschen betrieben wird.
-

Es ist wohl keine Übertreibung, wenn ich heute sage: Wohl fast alle haben gelernt. Viele Betroffene, die imstande waren, über den eigenen

Schatten zu springen und ihr Leid in den historischen Kontext einzuordnen. Viele Liberale und Linksliberale, die erkannten, dass, wer das Leid von Deutschen anerkennt, die deutsche Schuld keineswegs leugnen muss, sondern einfach zur Kenntnis nimmt, dass Deutsche die Opfer deutscher Opfer wurden.

In einer neuen Dimension ist das Thema so im kollektiven Gedächtnis der Nation angekommen. Zahlreiche neue wissenschaftliche Arbeiten sind erschienen, ebenso unzählige Biographien und Romane. Kränkungen wurden behoben, blinde Flecken in den Familienbiografien gefüllt, Wissen erweitert. Sich der Vergangenheit und dem Schmerz noch einmal zu stellen, hat weder zu Revanchismus noch zu Ressentiment geführt. Im Gegenteil. Wunden konnten verheilen, Verständigung mit den deutschen

Nachbarn wurde möglich. Und scheinbar Unverträgliches in der deutschen Geschichte ließ sich miteinander verbinden. Ich bin noch heute dafür dankbar, dass gerade aus den Kreisen der Vertriebenen heraus die ersten individuellen Brücken, oft getragen von Kirchen und Kirchgemeinden in Richtung Osten geschlagen wurden, als die Politik noch lange nicht so weit war. Und sich daran dankbar zu erinnern, gehört auch zu einem Tag der Erinnerung.

Jetzt möchte ich noch auf etwas verweisen. Ich habe über den Ort gesprochen, das ehemalige Deutschlandhaus. Wir sehen es in der Erinnerungslandschaft, wie sie in der deutschen Hauptstadt entstanden ist: Im Umkreis von nur einem Kilometer befinden sich das Holocaust-Denkmal, das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und das noch im Entstehen begriffene Exilmuseum. Im Rück-

blick erkennen wir, wie notwendig und heilsam die Diskussionsprozesse waren. Es diente der Stabilisierung der Gesellschaft HEUTE, als die Leiden von gestern Anerkennung erfuhren.

Die Anerkennung und Dokumentation von Flucht und Vertreibung in Deutschland wäre aber unvollständig, wenn sie sich auf die Geschichte der alteingesessenen Deutschen beschränkte. Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden. Neben uns wohnen und arbeiten Menschen, deren Fluchtgeschichten ihren Ausgangspunkt nicht im Sudetenland oder in Schlesien haben, sondern in Syrien, in der Türkei, im Irak, in Eritrea oder neuerdings auch in Venezuela. Integration darf nun keine Einbahnstraße sein, in einer pluralen Gesellschaft müssen die verschiedenen Fluchterfahrungen ihren Platz finden. Wir sind einander Interesse schuldig, weil wir Teile derselben Gesellschaft sind. Und was wäre geeigneter,



Durch die Corona-Pandemie bedingt waren die Plätze in der Paulskirche nur zur Hälfte besetzt.

Zugang zum anderen zu finden durch Schicksale, die über ethnische, religiöse und andere Unterschiede hinweg verbinden? Und deshalb kann ich die Söhne und Töchter der Erlebnisgeneration nur ermuntern, das Versöhnungswerk, das ihre Eltern einst begonnen haben, heute in einer anderen eben erwähnten Dimension fortzusetzen.

Es war Ilija Trojanow, der nach seiner Flucht aus dem kommunistischen Bulgarien feststellte: „Der Geflüchtete ist eine eigene Kategorie Mensch.“ Es gibt eben Erfahrungen, die ich, der seine Heimat nicht verloren hat, nur sehr schwer nachvollziehen kann, während andere in meiner Nähe und Ferne, die diese Erfahrungen der Entwurzelung gemacht haben, anderen Entwurzelten emotional einfach näherstehen. Und dieses will sichtbar gemacht werden. Und hier können wir inzwischen aus einem Fundus der Solidarischen einst Entwurzelten schöpfen. Hier ist noch manches zu tun und viele von Ihnen haben inzwischen ein Maß an Empathie für andere entwickelt, als sie den eigenen Schmerz überwunden hatten, dass sie für andere, eine neue Generation, auch Vorbild sein können.

Vergessen Sie nicht, dies weiterzureichen. Ihre Erfahrungen sind wertvoll. Das ist etwas, was sie trotz weißer oder grauer Haare noch zu sehr lebendigen und wirkmächtigen Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern unserer Gesellschaft machen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, noch nie war die Zahl der Menschen, die dort, wo sie beheimatet sind, nicht mehr leben können, so hoch wie heute. Mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung befand sich 2020 auf der Flucht – über 82 Millionen Menschen. So viele wie in Deutschland Menschen leben. Auch vor unserer „Haustür“, in Europa, sehen wir die schreck-

lichen Folgen von Krieg, Konflikten und Verfolgung: Schon seit Jahren fliehen Menschen über das Mittelmeer nach Europa. Und oftmals finden sie den Tod. Gerade gestern haben wir wieder erschreckende Meldungen darüber zur Kenntnis nehmen müssen. Warum sind diese Menschen auf der Flucht? Viele fliehen vor dem Krieg. Viele fliehen aber auch, weil sie aus ethnischen, religiösen oder geschlechtsspezifischen Gründen diskriminiert, ausgegrenzt und verfolgt werden. Weil ihre Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Flucht und Vertreibungen weltweit zu bekämpfen, heißt daher immer auch, die Fluchtursachen zu bekämpfen – Konflikte zu vermeiden und für die Achtung der Menschenrechte einzutreten.

Zugleich ist es nunmehr fast 73 Jahre her, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte bei den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, dass die Vertreter aller Kontinente sich auf diese Erklärung einigten und erstmals Rechte für alle Menschen proklamierten. Weltweit. Unterschiedslos und unabhängig von nationaler oder sozialer Herkunft, Ethnie, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Wenn wir auf die letzten Jahrzehnte zurückblicken und eine Bestandsaufnahme über die Entwicklung und Verbreitung der Menschenrechte wagen, dann muss die Bilanz ernüchternd ausfallen. Die Realität beweist es uns. In zahlreichen Staaten auf nahezu allen Kontinenten wurden und werden die Menschenrechte ignoriert, relativiert und den Interessen der Machthabenden untergeordnet. Aus allen Ecken der Welt gibt es Geschichten zu erzählen, wie Menschen aus dem Land getrieben werden, weil sie von Islamisten oder korrupten oder autoritären Herrschern bedroht sind, der „falschen“ Ethnie,

Religion oder Partei angehören, wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden oder weil sie nicht auf ihre Meinungsfreiheit verzichten wollen. Gemeinsam müssen wir uns fragen: Warum haben einzelne Staaten, warum hat die internationale Gemeinschaft in den letzten 70 Jahren trotz aller Absichtserklärungen Gewaltorgien, Genozide, schwere Menschenrechtsverletzungen häufig nicht verhindern können? Warum können viele Länder ihre Grenzen vor Flüchtlingen gänzlich schließen? Warum eilt die internationale Gemeinschaft Geflüchteten nicht mehr zu Hilfe? Die Gründe dafür mögen vielschichtig sein. Ignoranz kann es sein, Kaltblütigkeit, auch realpolitische Überforderung – all das offenbart sich in vielen Konfliktfeldern rund um den Erdball, zuweilen auch an den Verhandlungstischen. Wir kennen auch die Geringschätzung und Marginalisierung von Menschenrechten, wenn es darum geht, etwa wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

Wer heute unter Verweis auf kulturelle Unterschiede die Menschenrechte relativieren möchte oder diese gar als „westlichen Imperialismus“ diskreditiert, der irrt und leugnet, dass die Erklärung ein Kompromiss von 52 Staaten unterschiedlicher kultureller und religiöser Prägung war. Unter den 48 Staaten, die der Erklärung zustimmten, waren fast alle Erdteile oder „Regionalgruppen“, wie die Vereinten Nationen heute sagen würden, vertreten: Ägypten, China, Kuba, Äthiopien, Frankreich, Iran, Pakistan, Syrien, Türkei, die USA und Venezuela, um nur einige zu nennen. Wer den Universalismus der Menschenrechte verneint, der leugnet auch, dass die Wurzeln der Menschenrechte in den unterschiedlichsten Kulturen unserer Erde liegen. Und er ist blind dafür, dass die Unterdrückten in jedem Land der Erde die Sprache der Menschenrechte sehr gut verstehen. Überall dort sind die Menschenrechte Unzähligen Hoff-

nung und Sehnsucht. Sehr geehrte Damen und Herren, wie eng Flucht und Nichtachtung der Menschenrechte miteinander verzahnt sind, erleben wir gerade wieder in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Die oppositionelle belarussische Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja konnte noch ins litauische Exil ausweichen. Ihre Mitstreiterin Maryja Kalesnikawa hingegen wurde verhaftet, weil sie in Belarus bleiben wollte, und sich weigerte ins Ausland zu gehen. Seitdem sitzt sie wie mehrere hundert andere Oppositionelle im Gefängnis.

Als Präsident habe ich gesagt: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Ja, irgendwann stößt die Solidarität mit Flüchtlingen und denen, die statt der Flucht das Gefängnis wählen, an ihre Grenzen. Nicht selten frage ich mich jedoch, ob wir nicht doch mehr tun könnten, als wir tatsächlich tun. Tun wir tatsächlich genug für Flüchtlinge in unserer nächsten Nachbarschaft? Nehmen wir die 2,6 Millionen Flüchtlinge in und aus der Ostukraine wahr? Oder die mehreren zehntausend belarussischen Flüchtlinge, die meist in Litauen und Polen Zuflucht gefunden haben? Als Ostdeutscher weiß ich, wie wichtig die Solidarität aus der freien, demokratischen Welt ist – als Druck gegenüber den Herrschenden und als aufbauende Kraft für die Unterdrückten und Vertriebenen.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mit Ihrer Stiftung und diesem Preis dazu beitragen, dass wir uns nicht blind und taub stellen, sondern dass wir uns dafür sensibilisieren, immer wieder um das höchste Gut, das wir haben, zu ringen: die Würde des Menschen. Denn wir alle „sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“. So steht es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Und so möchte ich schließen: Haben Sie noch einmal von Herzen

Dank dafür, dass am heutigen Tag ich diesen Preis empfangen darf, den ich mit Freude entgegennehme.

